

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FG/045(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch,  05.07.2006	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:15Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.06.2006 und vom 21.06.2006
  
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen**
- 4.1 Umbau und Sanierung Bertolt-Brecht-Str. 5 zur KITA mit Sozialzentrum V  
Vorlage: DS0188/06  
BE: FB 03; 17:40 Uhr
- 4.2 Grundsatzbeschluss zur langfristigen Nutzung und Sanierung des soziokulturellen Zentrums (ehemaliges Gutshaus bzw. Grundschule in Sohlen)  
Vorlage: DS0165/06  
BE: FB 03
- 4.3 Jahresabschluss 2005 der Städtische Werke Magdeburg GmbH (SWM)  
Vorlage: DS0217/06  
BE: FB 02; 18:00 Uhr

- 4.4      Finanzielle Auswirkungen Hartz IV - Bilanz 2005 und Vorausschau  
          2006  
          Vorlage: I0162/06  
          BE: Amt 50; 18:15 Uhr
- 4.5      Sponsorenleistungen 2005 für die Landeshauptstadt Magdeburg  
          Vorlage: I0143/06  
          BE: I/03; 18:25 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Protokoll**

Frau Michaela Paetsch

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Herr Bromberg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 9 Stadträte anwesend.

#### 1.1. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Herr Stern** macht darauf aufmerksam, dass für die Beschlussfassung der DS0188/06 (TOP 4.1) seiner Meinung nach der Stadtrat beschlussfassendes Gremium sein muss. Aus diesem Grund kommt man überein, dass der TOP 4.1 bis zur endgültigen Klärung der Zuständigkeit zurückgestellt wird und erst in einer späteren Sitzung des FG erneut behandelt wird.

**Herr Bromberg** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**Der veränderten Tagesordnung wird mit 9 – 0 – 0 zugestimmt.**

#### 1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.06.2006 und vom 21.06.2006

---

**Die Niederschrift vom 07.06.2006 wird mit 9 – 0 – 0 bestätigt.**

Anschließend bittet Herr Bromberg um Stellungnahme zur Niederschrift vom 21.06.2006.

**Herr Schindehütte** erbittet in Bezug zu TOP 3.1 der Niederschrift vom 21.06.2006 um Auskunft, ob hier schon eine Klärung herbeigeführt werden konnte.

**Herr Westphal** macht darauf aufmerksam, dass gemäß § 44 Abs. 3 GO LSA für Satzungsbeschlüsse, zu denen auch der B-Plan zählt, der Gemeinderat zuständig ist.

**Herr Dr. Scheidemann** führt aus, dass der Vorgang dem Amt 30 zur Prüfung der Rechtslage übergeben wurde. Er ist der Auffassung, dass es sich hier um eine vorbauliche Maßnahme handelt, für die dann auch der Lenkungsausschuss zuständig ist. Die eigentliche Bauleitplanung wird erst später erarbeitet.

**Herr Stern** ist der Auffassung, dass man nicht erst die Stellungnahme des Amtes 30 abwarten, sondern die DS sofort im Stadtrat behandeln sollte. In diesem Zusammenhang verweist er insbesondere auf das Selbstbefassungsrecht des Stadtrates.

**Herr Dr. Scheidemann** macht deutlich, dass im vorliegenden Fall keine Eilbedürftigkeit gegeben sei, so dass man die DS auch nach der Sommerpause noch im Stadtrat behandeln könnte. Zu diesem Zeitpunkt würde dann auch die Stellungnahme des Amtes 30 bereits vorliegen. Im übrigen steht es dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung frei, den Antrag zu stellen, dass die DS nach der Sommerpause im Stadtrat behandelt wird.

Im übrigen bittet **Herr Stern** um Korrektur der Niederschrift zu TOP 3.1 im 1. Absatz. Dort muss das Wort „**einstimmig**“ durch das Wort „**mehrheitlich**“ ersetzt werden, weil er dem nicht zugestimmt hat.

Mit Bezug auf TOP 2.1 macht **Herr Stern** nochmals darauf aufmerksam, dass im Beschlussvorschlag die Vergabesumme aufgenommen werden muss. Des Weiteren bittet er zu diesem TOP um Ergänzung seiner Ausführungen. Er hat in der Sitzung am 21.06.2006 um Erläuterung des Unterschiedes zwischen Kostenschätzung und Vergabesumme gebeten. Dazu wurde von Herrn Dr. Scheidemann erläutert, dass diese durch die bisherige Vorplanung bedingt sei.

**Die Niederschrift vom 21.06.2006 wird mit 9 – 0 – 0 bestätigt.**

Vom FB 23 wurde gebeten die Niederschrift vom 21.06.2006 zu TOP 4.1, Absatz 4 wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen in Fettdruck):

Frau Frost gibt noch einige Erläuterungen zur vorliegenden Information. Der Oberbürgermeister hat an Herrn Dr. Neumann ein Schreiben verfasst, in dem er die Anschuldigungen als nicht haltbar erklärt. Des Weiteren hat es ein klärendes Gespräch zwischen **dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper**, dem Bürgermeister Herr Czogalla und Herrn Dr. Neumann gegeben. Der **Oberbürgermeister** hat in einem weiteren Schreiben zu den 4 konkret benannten Fällen Stellung genommen. Die konkreten Anschuldigungen an Herrn Dr. Bock sind haltlos, da die aufgeführten Fälle **zum Teil in andere** Aufgabengebiete, **z. B.** von Frau Gareis fallen.

Der FB 03 hat ebenfalls noch eine Korrektur zur Niederschrift vom 21.06.2006 nachgereicht, die den TOP 3.3 betrifft. Demnach sind die Ausführungen von Frau Hentrich wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen in Fettdruck):

Frau Hentrich erläutert, dass die Baumaßnahmen in Kürze beginnen und alle Schul-, Hort- **und Kita-Kinder** für den Sanierungszeitraum ausziehen. Sollte die Drucksache nicht bestätigt werden, müssten die **Kita-Kinder** unter Umständen wieder in ein unsaniertes Gebäude zurückziehen.

#### **4. Beschlussvorlagen und Informationen**

---

- 4.1. Umbau und Sanierung Bertolt-Brecht-Str. 5 zur KITA mit Sozialzentrum V  
Vorlage: DS0188/06
- 

Nachdem diesen TOP ursprünglich bei der Beratung über die heutige Tagesordnung zurückgestellt wurde, entschließen sich die Stadträte nach umfangreichen Diskussionen dazu die Drucksache nun doch zu behandeln.

**Frau Göcke** erläutert, dass mit dieser Drucksache lediglich ein Beschluss über die beiden Varianten erfolgen soll. Die Haushaltsmittel bis zur HU-Bau sind bereits im Haushalt eingeplant.

**Herr Meinecke** fragt nach, warum der StBV für diese Drucksache beschließendes Gremium ist.

**Herr Westphal** erläutert, dass der StBV lediglich über die Varianten beschließen soll, um danach dann für diese Variante die HU-Bau zu erarbeiten.

**Herr Bromberg** ist deshalb der Auffassung, dass die Drucksache für den FG dann eigentlich lediglich informativ ist.

**Herr Bromberg** bittet im Anschluss an die geführten Diskussionen um Abstimmung darüber, ob die Drucksache wieder auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden soll.

Die Stadträte stimmen mit 7 – 1 – 1 für die Wiederaufnahme auf die heutige Tagesordnung.

**Herr Schindehütte** verweist auf ein Schreiben des Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, in dem einem privaten Träger, der keine städtische Förderung für seine Einrichtung erhält, mitgeteilt wird, dass einer geplanten Erweiterung seiner Einrichtung nicht zugestimmt werden kann. Dies wurde u. a. damit begründet, dass die anderen Einrichtungen eine gültige Kapazitätsplanung haben. Diese Argumentation ist auch unter Berücksichtigung der vorgelegten Drucksache für ihn nicht nachvollziehbar.

**Herr Overmann** führt aus, dass die Drucksache von der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung mitgezeichnet wurde.

Nach umfangreicher Diskussion kommen die Stadträte überein, dass die Drucksache nach der Beratung im StBV und JuHi nochmals im FG behandelt wird. Im übrigen wird die Verwaltung beauftragt, den Mitgliedern des FG das besagte Schreiben, auf das sich Herr Schindehütte bezieht, vorzulegen.

- 4.2. Grundsatzbeschluss zur langfristigen Nutzung und Sanierung des soziokulturellen Zentrums (ehemaliges Gutshaus bzw. Grundschule in Sohlen)  
Vorlage: DS0165/06
- 

**Frau Wübbenhorst** informiert darüber, dass die Drucksache im JuHi einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

**Frau Meinecke** informiert, dass die Drucksache im Kulturausschuss mit einem Änderungsantrag ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

**Frau Meinecke** bittet um Sicherstellung seitens der Verwaltung, dass auch zukünftig eine ehrenamtliche Ausleihe von Büchern bei Mitnutzung der Räumlichkeiten ohne gesonderte Rechnungslegung gewährleistet werden kann.

**Herr Platz** führt aus, dass das Dezernat I bei der Klärung einer Standortfrage völlig offen ist. Es sei aber keineswegs geplant das Bürgerbüro in diesem Zusammenhang zu schließen. Man denke allerdings darüber nach, die Öffnungszeiten weiter zu reduzieren, da die dort stundenweise eingesetzten Mitarbeiter u. a. durch die Eröffnung des Bürgerbüros Süd nicht mehr ausgelastet sind. Über diesen Sachverhalt soll auch mit dem Ortschaftsrat gesprochen werden.

**Herr Schindehütte** bittet um Auskunft darüber, ob tatsächlich keine Restitutionsansprüche mehr bestehen.

**Herr Overmann** erläutert, dass dieser Sachverhalt bereits abgeprüft werden und auf dem Grundstück tatsächlich keine Restitutionsansprüche mehr bestehen.

**Herr Stern** merkt kritisch an, dass er die gewählte Lösung für den Treppenneubau und auch die Lichtbänder bei einem so alten Gebäude für wenig geeignet hält. Er ist der Meinung, dass man

das Gebäude in seinem ursprünglichen Zustand erhalten sollte. Im übrigen hält er auch eine Mehrzwecknutzung mit einer Kita für etwas kritisch.

**Herr Overmann** erläutert nochmals, dass es sich hier lediglich um eine Verwaltungsaußenstelle des Amtes 13 unter Mitnutzung durch das Bürgerbüro handelt. Bezüglich der gewählten Variante der Außentreppe führt er aus, dass die einzelnen Varianten für die Planung der Außentreppe der unteren Denkmalbehörde vorgelegen haben und diese hat sich für die nun umgesetzte Variante entschieden. Im übrigen ist auch er der Meinung, dass die Bausubstanz erhalten bleiben sollte.

**Herr Bromberg** stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

4.3. Jahresabschluss 2005 der Städtische Werke Magdeburg GmbH  
(SWM)  
Vorlage: DS0217/06

---

**Herr Bromberg** führt in Erinnerung an den Jahresabschluss aus dem Jahr 2004 aus, dass damals vorgetragen wurde, dass das dort erzielte positive Jahresergebnis einmalig gewesen sei. Nun weist aber auch der Jahresabschluss 2005 ein überaus erfreuliches Ergebnis aus. Aus diesem Grund bittet er um kurze Erläuterung.

**Herr Schubert** erläutert, dass man mit vielen Maßnahmen angefangen hat, die jetzt erst so richtig greifen. In nächster Zeit werden auch die Netzentgelte neu festgesetzt. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese weiter gesenkt werden können, aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung wird dieser Effekt bei den Kunden allerdings kaum sichtbar werden.

**Herr Meinecke** bittet um eine weitere Erläuterung zu den durchgeführten Tarifierhöhungen bei den Sondernutzungskunden.

**Herr Schubert** führt aus, dass mit den Sondernutzungskunden feste Verträge geschlossen wurden, bei denen der Preis jeweils an die Entwicklung des Ölpreises gekoppelt ist. Dadurch ließ sich ein Großteil des Gewinns erzielen, auch wenn man in Vereinbarung mit diesen Kunden aufgrund der enormen Preissteigerung bei den Ölpreisen dazu gekommen ist, nicht alle Ölpreissteigerungen ebenfalls im Entgelt zu berücksichtigen, sondern die Preise zu deckeln.

**Herr Bromberg** stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

4.4. Finanzielle Auswirkungen Hartz IV - Bilanz 2005 und  
Vorausschau 2006  
Vorlage: I0162/06

---

**Herr Stern** bittet um Auskunft darüber, ob in Bezug auf die Kosten der Unterkunft in Magdeburg eine einheitliche Regelung dahingehend erzielt werden konnte, dass diese direkt an den Vermieter durchgereicht werden.

**Frau Borris** erläutert, dass dies nur möglich ist, wenn eine Abtretungserklärung vorliegt oder aber unwirtschaftliches Verhalten nachgewiesen werden konnte.

**Herr Bromberg** macht aus seiner eigenen Erfahrung deutlich, dass man als Vermieter kaum dazu kommt eine solche Abtretungserklärung zu erwirken.

**Frau Borris** führt aus, dass aufgrund des Sozialdatenschutzes von den Behörden keine Informationen weitergegeben werden dürfen.

**Herr Stern** fragt nach, ob es in Magdeburg wirklich 20.000 Bedarfsgemeinschaften gibt. Im übrigen möchte er wissen, wie hoch der prozentuale Anteil der aufgedeckten Missbrauchsfälle ist.

**Frau Borris** erwidert, dass es mittlerweile bereits 22.000 Bedarfsgemeinschaften in Magdeburg gibt. Konkrete Zahlen über die aufgedeckten Missbrauchsfälle kann sie nicht benennen, da darüber keine Statistik geführt wird.

**Herr Bromberg** erbittet eine Auskunft dahingehend, ob es für die ursprünglich geplante Einsparsumme vom 13 Mio. EUR mittlerweile eine Ausgleichslösung gibt.

**Frau Borris** erläutert, dass dies momentan nicht der Fall ist. Im übrigen sei für das Jahr 2007 zusätzlich offen, ob sich der Bund noch an den Kosten beteiligen wird. Insgesamt sind sehr viele Unbekannte zu verzeichnen, die eine direkte Beurteilung erschweren. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass die Bedarfsgemeinschaften durch den Übergang von ALG I Empfängern in das ALG II und durch Geringverdiener weiter steigen werden. So wandern allein im Jahr 2007 insgesamt 7.000 ALG I Empfänger in das ALG II.

**Herr Zimmermann** ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die Zielstellung, Druck über die Kommunen auf den Bund auszuüben, leider nicht funktioniert, da ,insbesondere die alten Bundesländer wesentlich höhere Entlastungen ihrer Haushalte zu verzeichnen haben als die neuen Bundesländer. Mit einer Nachbesserung seitens des Bundes ist also nicht zu rechnen.

**Herr Westphal** erinnert noch einmal daran, dass man sich damals aufgrund der erwarteten Haushaltsentlastung für das Modell der ARGE entschieden hat. Dabei ist man von einer Einsparsumme von 13 Mio. EUR ausgegangen. In diesem Zusammenhang bittet er Auskunft, ob dieses Einsparpotential bereits verplant wurde und welche Auswirkung die nicht Erzielung dieser Haushaltsentlastung noch nach sich ziehen wird.

**Herr Zimmermann** führt aus, dass sich das Haushaltsdefizit um 10 Mio. EUR vergrößern wird, wenn keine entsprechenden Kompensationspotentiale gefunden werden. Allerdings ist man gezwungen bis zum Jahr 2014 einen Haushaltsausgleich zu realisieren. D. h. wenn man keinen Investitionsstopp verursachen will, muss entsprechend gegengesteuert werden. Spätestens mit der Erarbeitung des Haushaltsplans 2007 muss man eine Möglichkeit gefunden haben, um dieses Defizit durch andere Maßnahmen zu amortisieren.

**Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.**

4.5. Sponsorenleistungen 2005 für die Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: I0143/06

---

**Herr Platz** führt aus, dass die Erfassung der Sponsoringleistungen Bestandteil des 10-Punkte-Programms zur Fortführung der Korruptionsprävention für die Verwaltung ist. Dazu wurde bereits eine Dienstanweisung erarbeitet, die alle Ämter/Fachbereiche verpflichtet entsprechende

Sponsoringleistungen zu erfassen. Die Kontrollstelle wird dann jährlich eine Information für den Stadtrat zum Sponsoring erarbeiten. Ziel dieser Information ist es, die Gegenleistungen für das Sponsoring transparent zu machen.

**Herr Stern** fragt nach, warum auf Seite 5 der Information das Kulturhistorische Museum als Sponsor aufgelistet ist.

**Herr Platz** kann diese Frage heute nicht beantworten, er wird sich aber bemühen eine zeitnahe Klärung herbeizuführen.

**Herr Meinecke** äußert sich verwundert darüber, dass in dieser Auflistung der einzelnen Sponsoren mehrere große Unternehmen nicht aufgeführt sind.

**Herr Zimmermann** gibt zu bedenken, dass es sich bei dieser Auflistung um Sponsoren und nicht um Firmen handelt, die Spenden geleistet haben. **Herr Platz** ergänzt, dass es möglich ist, dass bei der ersten Erarbeitung dieser Information einige Sponsoren nicht erfasst wurden, da in den Ämtern/Fachbereichen bis dato keine detaillierte Auflistung darüber geführt wurde. Für die Zukunft wird geplant auch für die Erfassung der Spendengeber eine analoge Aufstellung vorzubereiten.

**Herr Westphal** bittet darum die Verwendung des Wortlautes „Gegenleistung“ im Zusammenhang mit Sponsoring nochmals rechtlich abprüfen zu lassen, da er Konsequenzen von Seiten des Finanzamtes befürchtet.

**Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg  
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch  
Schriftführer/in